



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

††: Die nationale Bewegung.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die nationale Bewegung.

Von der preussischen Grenze.

Wenn der Instinkt, welcher nach dem Abschluß des Waffenstillstandes von Villafranca einen Theil der liberalen Partei zu den bekannten Erklärungen von Eisenach, Göttingen und Frankfurt trieb, von uns als ein vollkommen richtiger anerkannt werden mußte, so haben wir sogleich hinzugesetzt, daß wir mit der weitem Ausführung des Grundgedankens nicht einverstanden sind. In dem an sich ganz gerechtfertigten Bestreben, die nationale Partei auf einer möglichst breiten Basis zu constituiren, haben die Führer dieser Bewegung Concessionen gemacht, die den Begriff einer Partei aufheben. Einer der Unterzeichner des Programms, Herr Jacob Benedey, hatte wenige Tage vorher ein offenes Sendschreiben erlassen, worin er mit ziemlich bitterer Polemik gegen die Einseitigkeit der Gothaer, d. h. der Anhänger der preussischen Hegemonie, sich seiner Gesinnung nach als einen Großdeutschen bekannte, zugleich aber vor der Bildung einer großdeutschen Partei warnte, weil die großdeutsche Gesinnung die ganze Nation umfassen müsse. Und ähnliche Gesinnungen haben noch andere Süddeutsche ausgesprochen, ohne sich dadurch von der Unterzeichnung eines Programms abhalten zu lassen, das sie so auslegten, als ob das an Preußen ertheilte Vertrauensvotum nur unter der Bedingung ertheilt sei, daß Preußen sich an die Spitze der großdeutschen Partei stelle, mit andern Worten, daß Preußen selber an der Uebertragung der Hegemonie an Oestreich arbeite. So klar ausgesprochen hat sich wol keiner der Unterzeichner die Sache gedacht; daß die Consequenz aber eine ganz nothwendige ist, dies zu zeigen ist die Aufgabe der folgenden Zeilen.

Die Bedeutung und der Einfluß einer Partei wird keineswegs durch die Zahl derer festgestellt, die mit Bewußtsein und Zusammenhang ihr Princip vertreten; die Zahl der Denkenden ist immer klein, es kommt nur auf die Entschiedenheit und Rücksichtslosigkeit der Ueberzeugung an, vorausgesetzt freilich, daß diese Ueberzeugung in den Thatfachen einen wirklichen Halt findet. Eine Abschwächung des Grundsatzes, um die Zahl der Befenner zu erweitern, ist nicht ein Fortschritt, sondern ein Rückschritt in der Parteibildung. Dazu kommt noch ein anderer Umstand, den wir Deutsche nicht außer Acht lassen dürfen. Ein solcher Compromiß, der widersprechende Ansichten hinter einem gemeinsamen Symbol versteckt, ist nie ganz aufrichtig gemeint; jeder behält sich seine eigne Auslegung als die allein legitime vor, und wenn es dann zur Entscheidung kommt, werden diejenigen, deren Auslegung sich als die schwächere erweist, sich dadurch entschädigen, daß sie die Andern Verräther schelten. So

geschah es 1848, bloß weil man sich vorher nicht verständigt hatte, weil man glaubte einig zu sein, und doch grade in der Hauptsache uneins war. Die Hauptfrage war nämlich, ob die projectirte Staatsreform sich auf Oestreich ausdehnen solle oder nicht, und das ist auch heute noch die Hauptfrage.

Das frankfurter Programm hätte möglicherweise sehr bald einer ersten Prüfung ausgesetzt werden können. Als die Conferenz zwischen drei Mittelstaaten, denen sich dann noch andere anschlossen, in München stattfand, hielten wir es nicht für unmöglich, daß sie die nationale Partei zu ihren Zwecken ausbeuten werde. Nach dem Programm der nationalen Partei sollte Preußen die Initiative in vielen Dingen übernehmen, unter andern Einheit Deutschlands durch Kräftigung der Centralgewalt und Volksvertretung am Bunde. Wie, wenn nun die Mittelstaaten in dieser Initiative Preußen den Rang abgelassen hätten? Ihren Zwecken konnte es nicht zuwiderlaufen, denn unter der Centralgewalt, deren Macht den einzelnen Staaten gegenüber verstärkt werden sollte, verstanden sie natürlich den Bundestag, und was die Volksvertretung betrifft, so hätte sich schon ein Wahlmodus ausfindig machen lassen, der das Junkerthum als die echte Nation darstellte. Wenn sich Preußen dieser Art von Reform widersetzt hätte, so würde man es als den Gegner des Fortschritts, als den Gegner der nationalen Partei und ihres Programms haben anklagen können. Es hatten sich in der That einzelne Nachrichten verbreitet, die auf so etwas hindeuteten. Ersetzung der Stimmeneinheit am Bundestage durch Majorität; Ausdehnung der Gewalt des Bundestags über die materiellen Verhältnisse, Aufnahme des gesammten Oestreich in den Bund, Ernennung eines permanenten Oberfeldherrn auch für den Frieden: diese und andere Punkte bezeichnete man als das Programm der mittelstaatlichen Partei. Ein officielles Journal hat die Angaben als unwahr bezeichnet, und in der That scheint die Animosität gegen die Freunde Preußens zu groß zu sein, als daß man sich auch nur zum Schein auf ihre Wünsche einlassen könnte. Man scheint sich stark genug zu fühlen, um rücksichtslos mit den eignen Gedanken hervorzutreten.

In einer Zeit, wo man allgemein vom Bundestag erwartete, er werde die brennendste Rechtsfrage, die kurhessische, in Betracht ziehn, haben die Mittelstaaten den Antrag gestellt, die Bundeskriegsverfassung zu revidiren, um zu ermitteln, ob sie wirklich den Bedürfnissen nicht genüge, zugleich aber die Meinung hinzugefügt, daß wenn alle Bundesgenossen ihre Schuldigkeit thäten, eine Verbesserung der Form nicht nöthig sei. Die Anspielung war so einleuchtend, daß der preußische Bevollmächtigte einen Protest zu Protokoll gegeben hat. In der That wird durch diese Frage der Kern der Sache berührt.

Nach der Ansicht Metternichs und der meisten übrigen Unterzeichner der

Bundesacte hatte dieselbe den Zweck: 1) Feindseligkeiten zwischen den einzelnen Bundesgliedern abzuschneiden; 2) das Bundesgebiet durch eine gemeinsame Wehrverfassung gegen auswärtige Angriffe zu sichern; 3) die regierenden Fürsten und bis auf einen gewissen Grad auch die Mediatisirten gegen die Uebergrieffe des revolutionären Geistes zu schützen. Dies ist das wahre Sachverhältniß. Befriedigt hat es freilich niemanden und sobald einmal die Nation zu neuem Leben erwachte, mußte sie darnach streben, etwas Andres an die Stelle zu setzen. Darüber dürfen wir aber heute, wo wir politisch reifer sind als vor elf Jahren, nicht vergessen: 1) daß die Bundesverfassung manches Gute bewirkt hat, namentlich die Aufrechthaltung des Friedens in Deutschland und, was damit zusammenhängt, das materielle Gedeihn; 2) daß sie elastisch genug war, manches Gute, das sie selbst nicht schaffen konnte, wenigstens nicht auf die Dauer zu hindern, z. B. den Zollverein und das constitutionelle System, erst in den Mittelstaaten und dann in Preußen; 3) daß es leichter ist ihre Mängel zu entdecken, als eine Abhilfe, die allen Ansprüchen genügt. Bis 1848 klagte man ausschließlich die Regierungen an, durch ihren bösen Willen der Einheit Deutschlands zu widerstreben; seit 1848 ist diese Klage nicht mehr zulässig; denn damals tagten die Vertreter des gesammten Volks, und es ist ihnen ebenso wenig gelungen als den Fürsten, die ersehnte Einheit zu verwirklichen. Eine vollkommen friedliche Constituirung der Nation, ohne daß irgend ein Recht gekränkt würde, ist nur denkbar unter der Voraussetzung, daß alle Fürsten und Völker nicht nur den gleichen guten Willen, sondern auch die gleiche Verstandeseinsicht haben, und diese Voraussetzung drückt im Wesentlichen nichts Andres aus, als die Erwartung eines Wunders. Ja, man könnte sagen, sie macht die Reform, die sie herbeiführen sollte, überflüssig: denn vollkommene Menschen brauchen entweder gar keine Verfassung oder sie können sich mit jeder beliebigen zufrieden geben.

Die Schwierigkeiten liegen nicht in der Form, sondern in der Sache. Der deutsche Bund umfaßt zwei Großmächte, von denen jede zu stark ist, sich der andern zu fügen, keine stark genug, die andre zu unterwerfen. Von diesen Großmächten ist die eine, Oestreich, durch ihren außerdeutschen Länderbesitz in eine Menge von Conflicten verstrickt, welche den Interessen des deutschen Volks fremd sind; sie ist, weil sie widerstrebende Nationalitäten in sich vereinigt, auf militärischen Zwang angewiesen, einer freien Verfassung entweder gar nicht, oder nur unter Umständen fähig, die man wiederum ein Wunder nennen müßte; aus demselben Grunde finanziell fortwährend zerrütet und nebenbei noch mit dem ultramontanen System verflochten.

Oestreich kann dem übrigen Deutschland nichts bieten, als militärischen Beistand, und diesen bedarf es seinerseits mehr, als es ihn gewähren kann, wie der gegenwärtige Krieg augenscheinlich gezeigt hat.

Während dieses Krieges waren sämtliche deutsche Staaten darin einig, daß man Oestreich zu Hilfe kommen müßte; auch darin waren alle einig, daß ein Angriff auf die außerdeutschen Provinzen Oestreichs an sich den Bund zur unmittelbaren Betheiligung nicht verpflichte, wie ja auch die Bundesacte ausdrücklich besagt. Die Uneinigkeit zwischen Preußen und den Mittelstaaten bezog sich nur auf den Paragraphen, welcher die Frage: ob Gefahr für das Bundesgebiet vorhanden sei? der Bundesmajorität anheimgibt. Wenn Preußen damals erklärte, sich nicht majorisiren lassen zu wollen, so meinte es damit natürlich nur: die Gefahr für das Bundesgebiet muß wirklich vorhanden sein, nicht bloß formell constatirt, sonst könnte ja einmal eine Majorität entscheiden, daß ein Krieg zwischen China und Japan eine Gefahr für das deutsche Bundesgebiet enthalte. Wenn also jetzt die Mittelstaaten darauf antragen, jenen bisher unbestimmten Paragraphen dahin auszulegen, daß die subjective Ansicht der einzelnen Bundesglieder, falls sie die Mehrheit gewinnen, aus dem nominellen Vertheidigungskrieg einen realen Angriffskrieg machen kann, so würde damit Preußen aufhören eine Großmacht zu sein, es könnte seine Diplomaten entlassen und sich von Wien aus Gesetze und Vorschriften erbitten.

Denn so steht die Sache: nicht in Frankfurt, sondern in Wien wird die Majorität gebildet; das wiener Cabinet kann nie und nimmermehr seine auswärtige Politik, die eine consequente Diplomatie und unter Umständen schnelle Entschlüsse erheischt, dem Bundestag zur Begutachtung unterbreiten. Welche Verfassung auch in Oestreich eingeführt werde, in seiner auswärtigen und innern Politik muß es souverän sein, wenn es nicht untergehn will. Wenn nun die Folgen dieser souveränen östreichischen Politik einen Krieg nach sich ziehen, und Oestreichs Freunde am Bundestag durch Majoritätsbeschluß Preußen zwingen können, an diesem Kriege Theil zu nehmen, so ist Preußen mediatisirt und ein östreichisches Nebenland geworden.

Wir bestreiten nicht die Berechtigung derer, die auf ein solches Resultat wirklich ausgehn und es als ein Heil für Deutschland betrachten; nur Aufrichtigkeit fordern wir von ihnen! Wir selber sind der entgegengesetzten Ueberzeugung. Wir halten einen Fortschritt Deutschlands nur dann für möglich, wenn es sich von Oestreichs auswärtiger und innerer Politik vollständig freimacht, und weil diese Befreiung nur unter der Führung Preußens geschehn kann, dessen Particularinteressen es ohnehin auf denselben Weg weisen, nur darum halten wir den innigen Anschluß aller Liberalen an Preußen für die Lebensfrage der Bewegung, für eine so wesentliche Frage, daß ihr gegenüber alle andern Interessen gar nicht in Betracht kommen.

Was aber die rechtliche Seite der Sache betrifft, so sind wir fest überzeugt, daß diese Tendenz mit der Bundesverfassung und mit dem Staatsrecht aller deutschen Länder vollkommen vereinbar ist, daß eine Bundesreform nach

dieser Seite hin in viel gelindern Formen zu bewerkstelligen wäre, als eine Bundesreform nach der entgegengesetzten Seite. Vorläufig handelt es sich überhaupt gar nicht um eine wirkliche Entscheidung, sondern nur, die öffentliche Meinung vorzubereiten: dies wird aber nicht gefördert, wenn man, um der lieben Einigkeit willen, Welsen und Waiblinger in einen Topf bunt durcheinanderwirft. † †

Ein Abenteuer mit Goethe.

Die folgende Anekdote ist aus dem soeben bei J. J. Weber in Leipzig erschienenen Buch Professor Lobes „Aus dem Leben eines Musikers“ entnommen. Lobe war in der Zeit, wo Goethe das Theater in Weimar leitete, ein junger Mann, der in sich den Beruf zu einem großen Tondichter empfand, eifrig componirte und studirte und sich lebhaft mit der Bühne beschäftigte. Da wollte sein Unstern, daß zu den Sorgen um verbotene Octaven und falsche Quinten und zu der Qual, die seinem jugendlichen Herzen der Generalbaß mit seinen Geheimnissen bereitere, noch die Liebe trat. Eine kleine Schauspielerin mit zweckmäßigem Gesicht wurde plötzlich der Gegenstand seiner Neigung, die er indeß nur durch Verfolgung der Angebeteten auf Schritt und Tritt zu äußern wagte. Gab sie ihm bei einer Begegnung Gelegenheit, seinen Gefühlen für sie Worte zu leihen, so verwandelte sich der angehende Don Juan sofort in den steinernen Gast. Es half nichts, daß sie geduldig auf eine Erklärung wartete, daß sie mit verschämt gesenkten Blicken stumm fragte, ob er ihr etwas zu sagen hätte. Er hatte ihr nichts zu sagen. So ging sie endlich sanft erröthend weiter. Da führte eines dunkeln Herbstabends ein böses Schicksal die Katastrophe in diesem zarten Verhältniß herbei.

Es war eine Theaterprobe von Turandot. Der Liebende hatte gehört, daß die Geliebte in diesem Stück zum ersten Mal auftreten werde. Er mußte der Probe beiwohnen. Durch ein Hinterfenster stieg er ins Orchester, von da über die Barriere ins Parterre, wo er geheimnißvoll hinter einem Pfeiler verschwand. Wir lassen nun ihn selbst erzählen:

Es war finster, und nur die großherzogliche Loge, auf der andern Seite des Hauses, der Bühne gegenüber, durch zwei matt flackernde Kerzen erhellt. Wir befanden uns nämlich damals noch in der vorhund-aubrischen Zeit, wo Goethe meist bei den Hauptproben zugegen zu sein pflegte.